



1/2011

ANALYSE FRAU MACHT POLITIK

40 Jahre politische Rechte für Frauen in der Stadt Zürich

INHALT

	ZUSAMMENFASSUNG	3
1	Einleitung	4
2	Der lange Weg an die Macht	5
2.1	Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen	5
2.2	Frauen in der Zürcher Regierung	6
2.3	Wahlchancen der Frauen	8
3	Merkmale der Wählerinnen	9
3.1	Alter	10
3.2	Zivilstand	12
3.3	Sozialer Status	15
3.4	Aufenthaltsdauer und Migrationshintergrund	16
	Glossar	18
	Bibliografie	19
	Verzeichnis der Grafiken	20
	Weitere Publikation zum Thema	21

Herausgeberin, Redaktion
und Administration
Stadt Zürich
Präsidialdepartement
Statistik Stadt Zürich

Autor
Simon Villiger

Auskunft
Simon Villiger
Telefon 044 412 08 33

Internet
www.stadt-zuerich.ch/statistik

Preis
Einzelverkauf Fr. 15.–
Artikel-Nr. 1 004 414

Reihe
Analysen
ISSN 1660-6981

Bezugsquelle
Statistik Stadt Zürich
Napfgasse 6, 8001 Zürich
Telefon 044 412 08 00
Telefax 044 412 08 40

Copyright
Statistik Stadt Zürich,
Zürich 2011
Abdruck – ausser für kom-
merzielle Nutzung – unter
Quellenangabe gestattet
11.2.2011

Committed to Excellence
nach EFQM

Zeichenerklärung

Ein Strich (–) anstelle einer Zahl bedeutet, dass nichts vorkommt (= Null).

Eine Null (0 oder 0,0) anstelle einer anderen Zahl bezeichnet eine Grösse, die kleiner ist als die Hälfte der kleinsten verwendeten Einheit.

Drei Punkte (...) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese nicht erhältlich ist oder dass sie weggelassen wurde, weil sie keine Aussagekraft hat.

ZUSAMMENFASSUNG

- 1 FDP. Die Liberalen entstand 2009 aus dem Zusammenschluss der Freisinnig-Demokratischen Partei und der Liberalen Partei.
- 2 Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ging 1971 aus der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und der Demokratischen Partei der Kantone Graubünden und Glarus hervor.
- 3 Siehe Glossar.

Im Jahr 1969, zwei Jahre vor der Einführung auf eidgenössischer Ebene, erhielten die Frauen in der Stadt Zürich das kommunale Stimm- und Wahlrecht. 41 Jahre später sind 44 von 125 Sitzen (Anteil: 35,2%) im Zürcher Gemeinderat von Frauen besetzt. Der Anteil ist höher als im Nationalrat (2007: 29,5%). Ab 1978 begannen die Frauen, sich in der Zürcher Kommunalpolitik zu etablieren. Von 1986 bis 1994 hat sich der Anteil nahezu verdoppelt. Grund dafür war die Sozialdemokratische Partei (SP), die konsequent auf die Frauen gesetzt hat. Seit 1986 gehören jeweils mehr als die Hälfte der Frauen im Gemeinderat der SP an, zwischen 1998 und 2002 sogar zwei Drittel.

Die Parteien lassen sich hinsichtlich Frauenförderung grob in drei Gruppen einteilen: Die eindeutig linken Parteien hatten 2010 jeweils gut die Hälfte ihrer Listenplätze an Frauen vergeben. Die Mitte-Parteien vergaben gut ein Drittel der Plätze an Frauen, FDP¹ und SVP² jeweils rund ein Viertel.

Die Untersuchung widmet sich auch der Frage, welches die soziodemografischen Merkmale der Wählerinnen und Wähler sind. Neben dem Geschlecht gibt es zahlreiche weitere persönliche Faktoren, die einen Einfluss auf die politische Partizipation³ haben. Der wichtigste ist das Alter. Über den Lebensverlauf betrachtet, entspricht die Wahlbeteiligung nahezu einer Glockenkurve. Die Partizipation nimmt bis etwa zum Pensionsalter kontinuierlich zu, um danach wieder abzusinken.

Nicht alle Wahlberechtigten wurden als Schweizerin oder Schweizer geboren. Ein Migrationshintergrund ist beim Partizipationsverhalten ein prägendes Merkmal. Personen, die vor ihrer Einbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, gehen auffällig oft wählen. Dabei spielt die gute berufliche Qualifikation, die diese Personen oftmals auszeichnet, eine wichtige Rolle.

EINLEITUNG

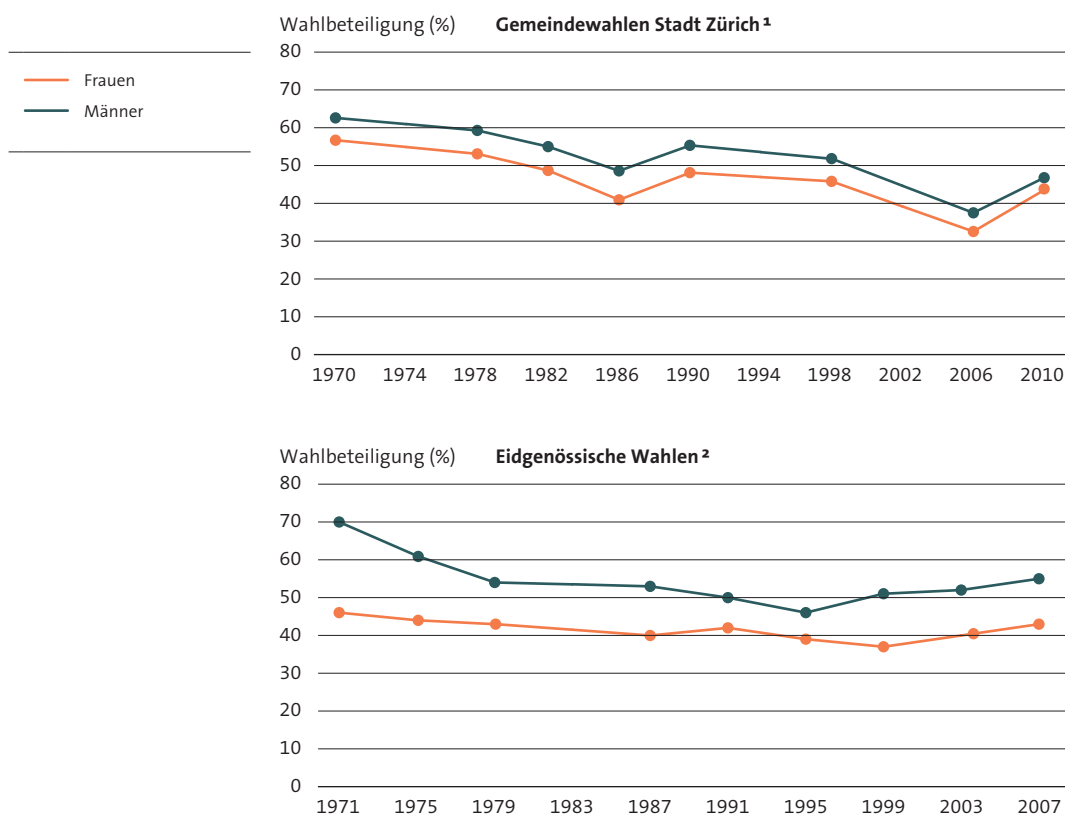
Die Schweiz ist stolz darauf, eine der ältesten Demokratien der Welt zu sein. Dazu hat sie eigentlich keinen Grund. Erst vor rund vierzig Jahren haben die Männer ihr Einverständnis gegeben, dass auch die Frauen ihre Meinung bei Abstimmungen und Wahlen kund tun dürfen. Damit wurde dieser wichtige Schritt für die Demokratie hierzulande im Vergleich zu den meisten westlichen Ländern sehr spät begangen.

Spätestens ab 1978 begannen die Frauen, sich in der Zürcher Kommunalpolitik zu etablieren. Von 1986 bis 1994 hat sich ihr Anteil im Gemeinderat nahezu verdoppelt, stagnierte aber seither bei rund einem Drittel. Die Frauen sind also, gemessen an der Bevölkerung, in der Politik untervertreten. Im ersten Teil dieser Untersuchung wird die Entwicklung der Frauenvertretung in der Stadt Zürich aufgezeigt. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, welche Parteien Frauen besonders gute Chancen bieten gewählt zu werden.

Seit der Einführung des Frauenstimmrechts ist die Beteiligung bei kommunalen und nationalen Wahlen fast kontinuierlich zurückgegangen. Ein eigenes Kapitel widmet sich der Frage, welches die soziodemografischen Merkmale der Wählerinnen und Wähler sind. Während im Erwerbsalter die Unterschiede zwischen den Geschlechtern gering sind, beteiligen sich ältere Frauen gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil selten an den Wahlen (siehe Grafik G_1.2). Es stellt sich die Frage, ob die späte Einführung der politischen Rechte für die Frauen der Grund für diesen Unterschied ist. Darüber hinaus wird gezeigt, wie sich der Zivilstand, die berufliche Stellung und ein Migrationshintergrund auf die politische Partizipation von Frauen auswirken.

Wählen und gewählt werden aus Sicht der Frauen steht im Zentrum dieser Untersuchung. Sie basiert auf Daten zu den kommunalen Wahlen in der Stadt Zürich. Seitenblicke auf andere Städte und die nationale Politik lassen aber darauf schliessen, dass sich die Erkenntnisse übertragen lassen.

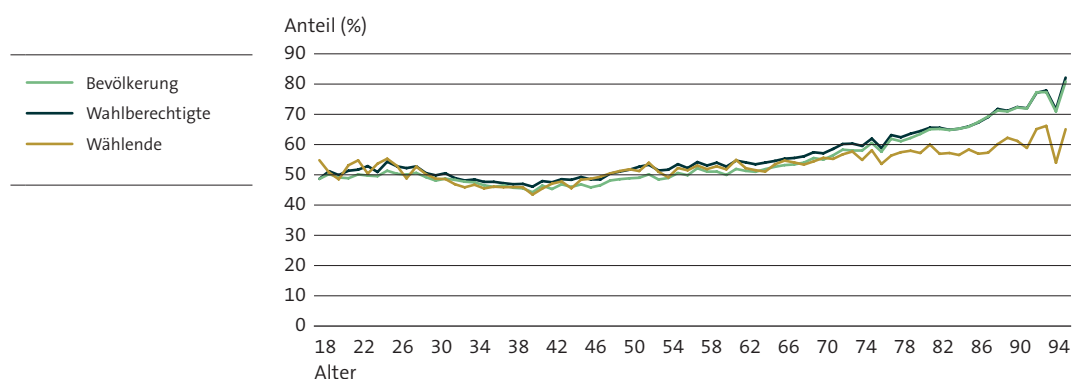
Beteiligung bei zürcherischen und eidgenössischen Wahlen seit 1970 G_1.1
 ► nach Geschlecht



1 Keine Angaben vorhanden für 1974, 1994 und 2002.
 2 Keine Angaben vorhanden für 1983.

Anteil der Frauen ► in der Bevölkerung, bei den Wahlberechtigten und bei den Wählenden, 2010

G_1.2



2

DER LANGE WEG AN DIE MACHT

Die Gleichstellung der Geschlechter ist als Ausdruck von Chancengleichheit und Gerechtigkeit ein zentrales Anliegen einer modernen Gesellschaft. Unabhängig von der Frage, ob es spezifische weibliche Interessen gibt, ist es unbestritten, dass alle sozialen Gruppen ein Interesse daran haben, an Entscheidungen, die sie betreffen, teilzunehmen.

Ein politisches Amt auf kommunaler Ebene bildet in vielen Fällen die Basis für eine politische Karriere. Im Vergleich zu Ämtern auf kantonaler und eidgenössischer Ebene sind die Zugangschancen besser und oftmals auch die Anforderungen an Fachwissen, zumindest in kleineren Städten, geringer. Politische Erfahrung auf Gemeindeebene gilt bei Kandidaturen für Ämter auf höherer politischer Ebene eindeu-

tig als Pluspunkt. Eine breite Vertretung der Frauen in lokalen Gremien scheint die beste Voraussetzung dafür zu sein, dass der Frauenanteil in der Kantons- und Bundespolitik mittelfristig erhöht werden kann.

Die Ämter auf den meisten Stufen sind zeitintensiv, aber im Vergleich zu Tätigkeiten in der Privatwirtschaft schlecht bezahlt. Damit sind politische Karrieren vor allem auf Männer ausgelegt, die es sich leisten können, sich neben ihrer gut bezahlten beruflichen Karriere auch noch in der Politik zu engagieren. Ebenfalls häufig anzutreffen sind Frauen, die keine familiären Verpflichtungen haben. Eigentliche Berufspolitikerinnen und -politiker sind ein vergleichsweise neues Phänomen.

2.1

Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen

Mit ihrer Weigerung, den Frauen gleiche politische Rechte wie den Männern zu gewähren, stellte die Schweiz lange Jahre einen Sonderfall in der westlichen Welt dar: Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die meisten europäischen Länder die politische Gleichberechtigung der Frauen umgesetzt. Ausnahmen waren Portugal (Einführung: 1976) sowie die kleinen Fürstentümer Monaco (1963) und Liechtenstein (1984).

Die lange Verzögerung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen in der Schweiz war im politischen System begründet. Das Volk kann bei Sachvorlagen mitentscheiden und die 26 souveränen Kantone und die Gemeinden verfügen über ein hohes Mass an Verwaltungsautonomie. Für die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene musste

jeweils die Mehrheit der Männer ihre Zustimmung geben. Auf nationaler Ebene war überdies die Mehrheit der Stände notwendig.

Bereits 1920 wurde im Kanton Zürich das erste Mal über die Einführung des Frauenstimmrechts abgestimmt. Das Resultat liess an Klarheit nichts zu wünschen übrig: Die Neuerung wurde mit 88 249 Nein- gegenüber 21 608 Ja-Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Vorstoss auf kantonaler Ebene wurde 1947 ebenfalls abgelehnt. Erst im Zuge der Entwicklung auf Bundesebene führten die meisten Kantone das kantonale und teilweise auch das kommunale Frauenstimmrecht ein. In der Stadt Zürich wurde das Frauenstimmrecht 1969 mit 65 Prozent Ja-Stimmen eingeführt. Andere Gemeinden verzögerten die Einführung des Frauenstimmrechts bis in die 1980er Jahre. In Appenzell Ausserrhoden entschied erst

1989 ein knappes Handmehr an der Landsgemeinde zugunsten des Frauenstimmrechts.

Es ist unsicher, ob die politischen Rechte für die Frauen früher eingeführt worden wären, wenn allein die Parlamente hätten entscheiden können. Eine

Mehrheit der Politiker stand dem Stimm- und Wahlrecht für Frauen lange Zeit ablehnend oder zumindest gleichgültig gegenüber. Auch die Verwaltung zeigte während langer Jahre wenig Interesse für die politischen Anliegen der Frauen.

2.2

Frauen in der Zürcher Regierung

4 Bundesamt für Statistik: Die Frauen bei den Wahlen – Bundesebene. http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/frauen_und_politik/bund.html (21. Januar 2011)

Bereits ein Jahr nach Einführung des Frauenstimmrechts auf kommunaler Ebene wurden acht Frauen in den Zürcher 125-köpfigen Gemeinderat gewählt. Allerdings folgte vier Jahre später die Ernüchterung: 1974 verharrte der Frauenanteil bei gut 6 Prozent. Ab 1978 begannen die Frauen, sich in der Zürcher Kommunalpolitik zu etablieren. Von 1986 bis 1994 hat sich der Anteil nahezu verdoppelt. Grund dafür war die SP, die konsequent auf die Frauen gesetzt hat. Seit 1986 gehören jeweils mehr als die Hälfte der Frauen im Gemeinderat der SP an, zwischen 1998 und 2002 sogar zwei Drittel. Seit 1994 konnten die Frauen nicht mehr zulegen. 2010 wurden 44 Frauen in den Gemeinderat gewählt. Der Anteil (35,2%) ist also höher als im Nationalrat (2007: 29,5%). Die Entwicklung auf nationaler Ebene verlief aber ähnlich wie in der Stadt Zürich: Seit den 1980er Jahren sind deutliche parteipolitische Unterschiede der Frauenvertretung auszumachen. Rund die Hälfte der gewählten Nationalrätinnen gehört dem links-grünen Lager an, obwohl dieses nur etwa halb so viele Sitze wie das bürgerliche inne hat. Bei den Wahlen 2007 konnten die bürgerlichen Frauen etwas aufholen. Die CVP-Frauen steigerten sich von 32 auf 39 Prozent und die SVP legte beim Frauenanteil von 5,5 auf 13 Prozent zu.⁴

In den Legislativen der grossen Schweizer Städte liegt der Frauenanteil aktuell bei knapp 40 Prozent, also etwas höher als in der Stadt Zürich. Deutlich tiefer dagegen ist der durchschnittliche Anteil in den kleineren Städten.

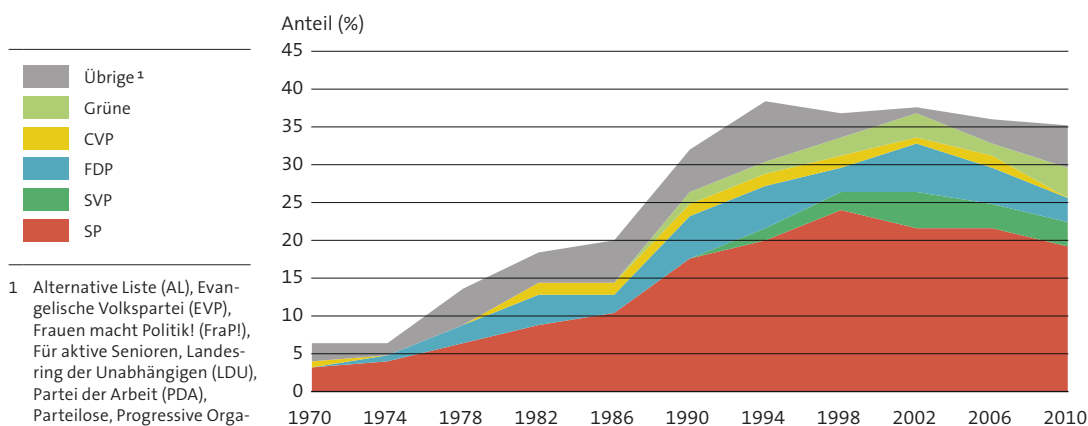
Die Frauen sind – gemessen an ihrem Anteil in der Bevölkerung – auf nationaler und kommunaler Ebene untervertreten.

Auf nationaler Ebene haben die Frauen 2010 erstmals die Mehrheit in der Exekutive übernommen. Rasch vorwärts kamen die Frauen im Bundesrat in den 1990er-Jahren. Nach dem Rücktritt von Elisabeth Kopp (1989) gab es noch einmal vier Jahre lang einen reinen Männer-Bundesrat. Dann, 1993, kam es zur Nichtwahl von Christiane Brunner (SP). Sie führte zu einer eigentlichen Protestbewegung, an der sich längst nicht nur linke Frauen beteiligten.

In der Stadt Zürich verlief die Entwicklung gleichmässiger. Momentan sind drei der neun Zürcher Stadträte weiblich. Damit liegt Zürich bezüglich Frauenanteil im Vergleich zu vielen Städten am oberen Rand.

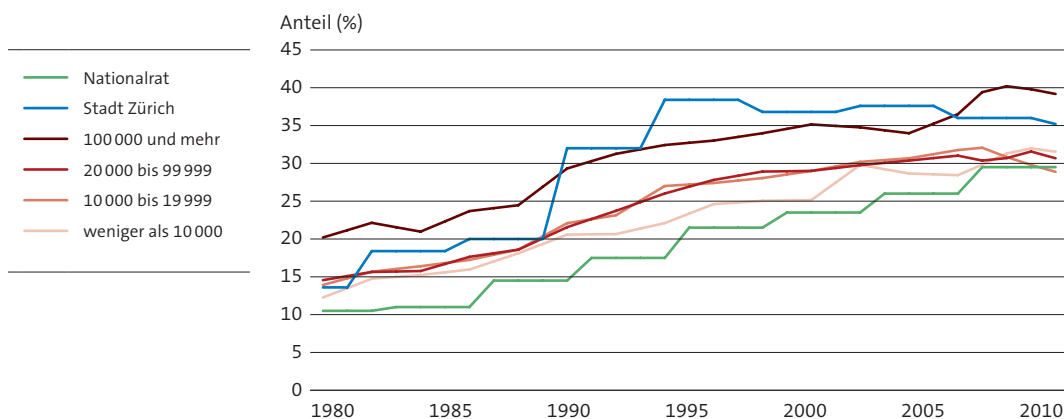
Sind die Mitglieder der Legislative ein Abbild der Wählerschaft? Zumindest was das Geschlecht und das Alter betrifft, ist dies nicht der Fall. Während bei den Wählenden die Älteren stark und die Jungen schwach vertreten sind, ähnelt die Verteilung bei den Gewählten eher einer Pyramide mit der Spitze bei den 40- bis 49-Jährigen. Keine(r) der Gewählten ist älter als 70 Jahre, immerhin sechs sind jünger als 30 Jahre. Was die Geschlechter betrifft, ist die Gleichberechtigung der Wählenden in der Zusammensetzung der Gewählten schlecht abgebildet: 48 Prozent der Wählenden, aber nur 35 Prozent der Gewählten sind weiblich. Frauen und Männer ab 60 Jahren sind im Zürcher Gemeinderat – zumindest demografisch – schlecht vertreten.

Frauenanteil im Zürcher Gemeinderat
▶ nach Partei, 1970–2010 G_2.1

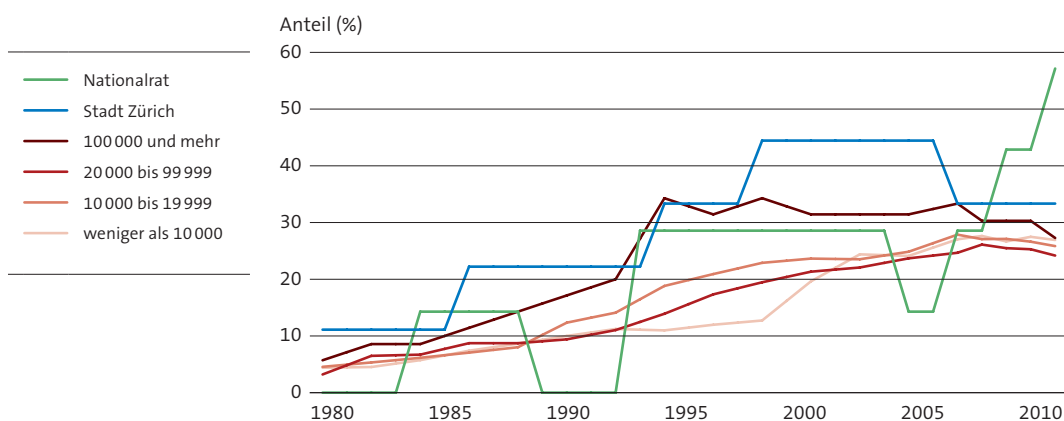


1 Alternative Liste (AL), Evangelische Volkspartei (EVP), Frauen macht Politik! (FraPI), Für aktive Senioren, Landesring der Unabhängigen (LDU), Partei der Arbeit (PDA), Parteilose, Progressive Organisation (POCH), Schweizer Demokraten (SD).

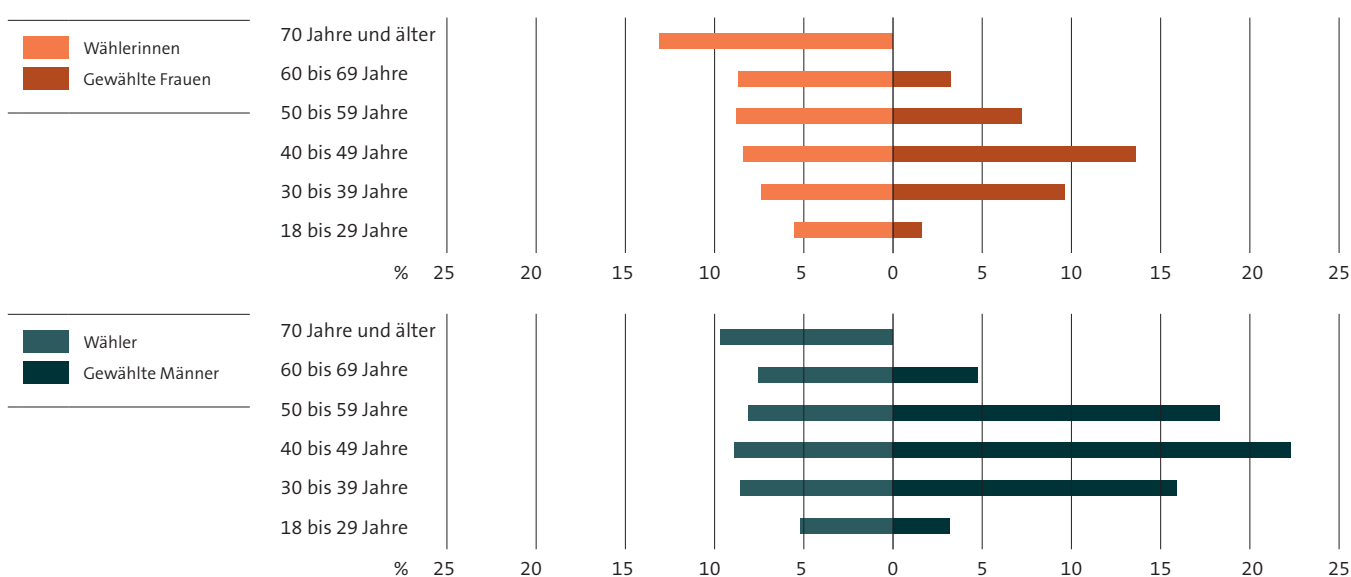
Frauenanteil in den städtischen Legislativen und im Nationalrat G_2.2
 ► nach Bevölkerungsgrösse, 1980–2010



Frauenanteil in den städtischen Exekutiven und im Bundesrat G_2.3
 ► nach Bevölkerungsgrösse, 1980–2010



Repräsentativität der gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Stadt Zürich G_2.4
 ► nach Geschlecht und Alter¹, 2010



1 Stand: 11. März 2010.

2.3

5 Stand 9. April 2010.
6 Seitz (2008).

Wahlchancen der Frauen

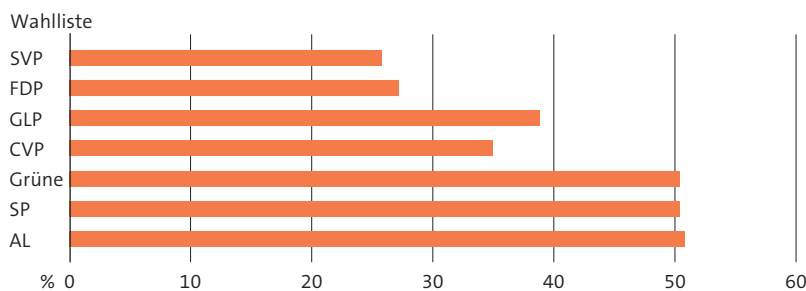
Um ein politisches Amt zu erlangen, muss man in der Regel von einer politischen Partei nominiert werden. Linke Parteien sind im Allgemeinen eher bereit, aktive Frauenförderung zu betreiben, indem sie die Listenplätze an Frauen vergeben. Dies gilt auch für die Stadt Zürich. Die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen lassen sich grob in drei Gruppen einteilen, die ziemlich genau das Links-Rechts-Schema wiedergeben: Die eindeutig linken Fraktionen hatten 2010 jeweils gut die Hälfte ihrer Plätze an Frauen vergeben. Die Mitte-Fraktionen vergaben gut einen Drittel der Plätze an Frauen, FDP und SVP jeweils rund ein Viertel.

Die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, kann – etwas rudimentär – ermittelt werden, wenn man die tatsächlich gewählten Personen mit jenen auf den Wahllisten vergleicht. Es fällt auf, dass nur die Frauen der SP und der Grünliberalen eher

gewählt werden als ihre Parteikollegen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums steht die SVP: Nur jede achte der aufgestellten Frauen wurde gewählt. Diese Werte sind nicht in Stein gemeisselt. Falls Kandidaten nachrücken⁵, können sie sich während der Legislatur geringfügig verändern. Die Auswertung vernachlässigt zwar Kriterien wie Listenplatz und Wahlkampf der Kandidierenden, deckt sich aber mit den Ergebnissen von Untersuchungen auf nationaler Ebene.⁶

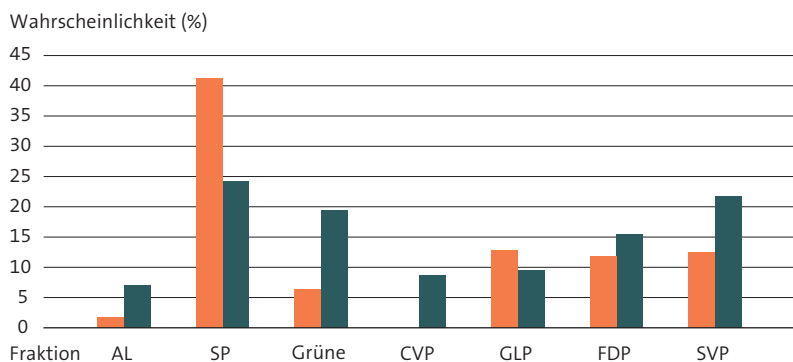
Männer bekommen mehr Fremdstimmen als Frauen. Die Unterschiede sind aber, abgesehen von der Alternativen Liste und den Grünen, gering. Am kleinsten sind die Anteile der fremden Stimmen bei den «grossen» Parteien SP und SVP. Das bedeutet aber nicht, dass sie absolut weniger Fremdstimmen erhalten.

Frauenanteil in den Wahllisten bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich ▶ nach Fraktion, 2010 G_2.5



Wahrscheinlichkeit einer Wahl bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich¹ ▶ nach Fraktion und Geschlecht, 2010 G_2.6

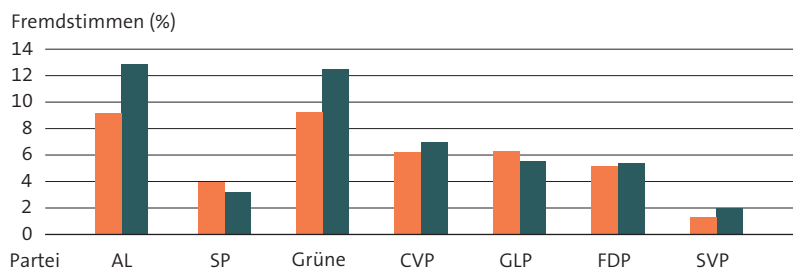
■ Frauen
■ Männer



1 Stand 9. April 2010.

Anteil der Fremdstimmen bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich ▶ nach Fraktion und Geschlecht, 2010 G_2.7

■ Frauen
■ Männer



3

MERKMALE DER WÄHLERINNEN

7 Schweizer Wahlstudie – Selects.
<http://www2.unil.ch/selects/?lang=de>
 (21. Januar 2011).

Wahlen und Abstimmungen sind die einfachsten Formen politischer Beteiligung. Für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sind sie die einzige direkte Teilnahme am politischen Prozess. Alle anderen Arten von Partizipation sind mit einem deutlich höheren Aufwand verbunden. Trotzdem ist die Beteiligung bei Wahlen in der Stadt Zürich, aber auch auf nationaler Ebene, gegenüber anderen europäischen Ländern eher gering. Eine Erklärung für die geringe Mobilisierung von Wahlen sind stark ausgebaute direktdemokratische Rechte, welche der Bevölkerung vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme bieten. Dazu kommt, dass in der schweizerischen Konkordanz Wahlen nicht zu einem vollständigen Regierungswechsel führen.

Es wurde eingangs festgestellt, dass sich Frauen seltener politisch beteiligen als Männer, und dass sich daran in den 40 Jahren seit der Einführung des Frauenstimmrechts nichts Grundsätzliches geändert hat. Im Folgenden wird gezeigt, dass das Geschlecht ein sehr wichtiges Kriterium für die politische Partizipation ist. Die Geschlechterdifferenz ist aber mindestens zum Teil auch eine Generationendifferenz: Bei jüngeren Personen sind die Unterschiede zwi-

schen den Geschlechtern bei der politischen Beteiligung wesentlich geringer als bei älteren Menschen. Daneben sind aber zahlreiche weitere Faktoren für die Partizipationsunterschiede verantwortlich. Frauen haben im Durchschnitt immer noch einen tieferen Bildungsstand, verfügen über weniger Einkommen und sind weniger häufig erwerbstätig als Männer. Umfragen⁷ weisen darauf hin, dass diese Merkmale in einem starken Zusammenhang mit der Beteiligungswahrscheinlichkeit stehen. Dank einer regelmässig durchgeführten Erhebung (siehe Kasten) verfügt die Stadt Zürich über ausserordentlich gute Daten zur politischen Partizipation. Die Erhebung gibt Aufschluss über zahlreiche Merkmale der Wählenden, beschränkt sich aber auf National- und Kommunalwahlen. Gegenüber Befragungsdaten haben diese Daten den Vorteil, dass sie auf einer Vollerhebung basieren und nicht durch unwahre Angaben verfälscht werden.

Im Folgenden werden wichtige Merkmale der Wählerinnen dargestellt. Als Vergleich werden stets auch die Ergebnisse für die männlichen Wähler dargestellt.

Die Analyse der Wähler/-innen hat in der Stadt Zürich eine langjährige Tradition und wird mit der ausdrücklichen Zustimmung des Datenschutzbeauftragten durchgeführt. Die Erhebung beruht auf der Auswertung der eingereichten Wahlrechtsausweise. Auf diesen ist ein persönlicher Code aufgedruckt. Die erfassten Codes wurden mit dem Auszug der Wahlberechtigten aus dem Personenregister verglichen. Die Wahlrechtsausweise werden getrennt von den Wahllisten erfasst und die gewonnenen Daten anonymisiert. Auf diese Art kann relativ einfach bestimmt werden, wer an der Wahl teilgenommen bzw. wer nicht teilgenommen hat, nicht aber, wen die Personen gewählt haben. Nicht erfasst werden Wähler/-innen, die ihre Stimme im Internet abgeben. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind in den Auswertungen zu keinem Zeitpunkt möglich.

3.1

Alter

Über den gesamten Alterszyklus betrachtet, entspricht die Wahlbeteiligung nahezu einer Glockenkurve, das heisst, sie nimmt bis etwa zum Pensionsalter kontinuierlich zu, um danach wieder abzusinken (G_3.1). Strate et al. (1989) sprechen vom «politischen Lebenszyklus»: In der Orientierungsphase der Jugend ist die Bereitschaft zur Beteiligung noch nicht stabil. Im mittleren Alter erfolgt eine stärkere Einbindung in die Arbeitswelt. Zusammen mit der Verantwortung für die Familie sowie einem gesteigerten politischen Interesse erhöht dies die Bereitschaft zur Stimmabgabe. Nach der Pensionierung nimmt die soziale Integration tendenziell ab. Zudem wird auch der Aufwand der Stimmabgabe mit zunehmenden Gebrechen grösser. Dieser Verlauf trifft sowohl für die Männer als auch für die Frauen zu. Allerdings verläuft die Kurve der Männer insgesamt auf einem leicht höheren Niveau, wobei die Unterschiede bei den Gemeinderatswahlen 2010 bei den unter 60-Jährigen marginal waren. Bedeutend werden die Unterschiede nach der Pensionierung:

Die Beteiligung der Frauen geht zurück, diejenige der Männer steigt bis fast zum 80. Lebensjahr weiter an.

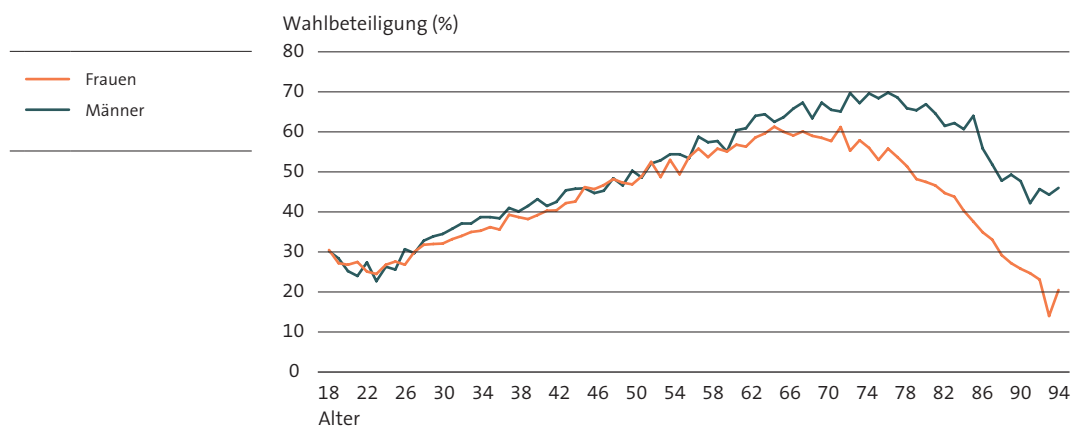
Die verbreitete Erklärung für den Unterschied zwischen den Geschlechtern ist die späte Einführung des Stimmrechts für Frauen: Die Generation Frauen, die nicht mit gleichen politischen Rechten gross geworden ist, wäre gemäss dieser Erklärung nicht so gut mit dem politischen System vertraut und würde sich daher auch weniger beteiligen. Demzufolge wäre zu erwarten, dass die Unterschiede mit der Zeit verschwinden. Ein Indiz, das für diese These spricht, sind die geringen Unterschiede bis zum 65. Altersjahr.

Seit 1970 hat sich nichts an der Tatsache geändert, dass jüngere Menschen seltener wählen als ältere. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist bei Personen im Erwerbsalter seit 1970 tendenziell etwas zurückgegangen, war allerdings in dieser Alterskategorie immer relativ gering. Am grössten ist der Unterschied aber nach wie vor zwischen Männern und Frauen im Pensionsalter.

Beteiligung bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich

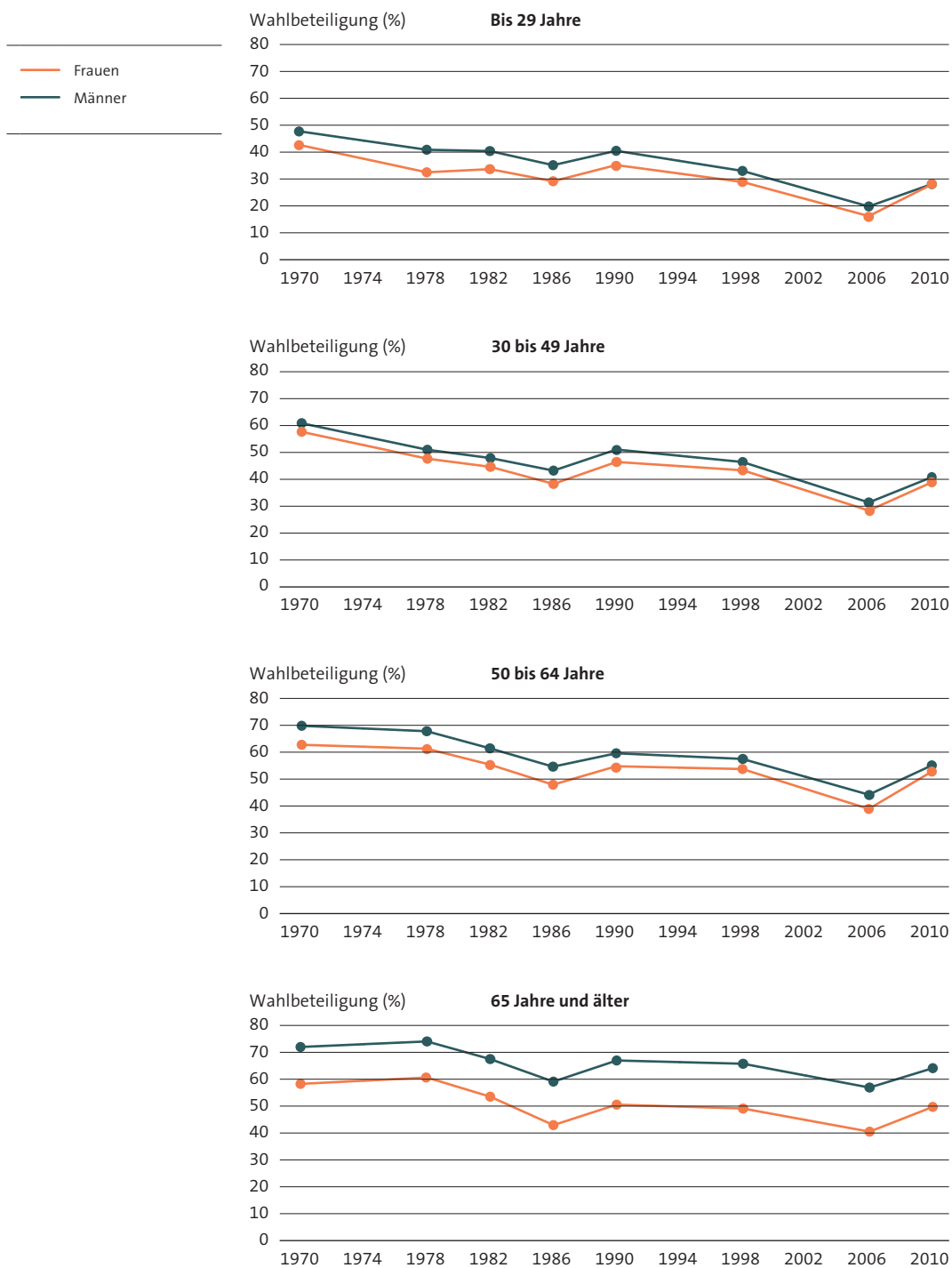
► nach Geschlecht und Alter, 2010

G_3.1



Beteiligung bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich
 ► nach Geschlecht und Altersklasse, 1970–2010¹

G_3.2



¹ Keine Angaben vorhanden für 1974, 1994 und 2002.

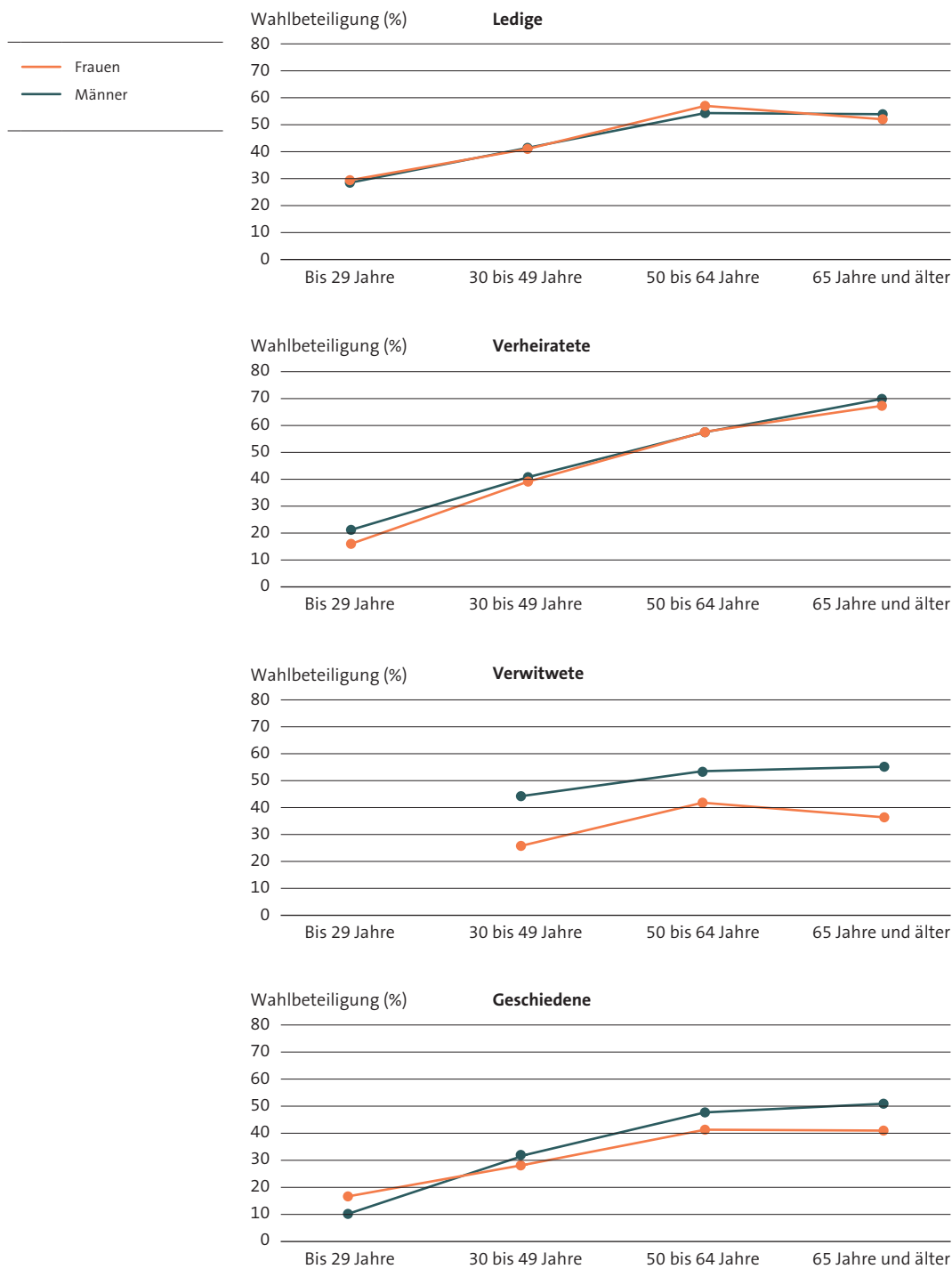
3.2

Zivilstand

Die höchste Wahlbeteiligung weisen sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern die Verheirateten auf (2010: Frauen: 51,4%, Männer: 54,7%). Über den Lebenszyklus betrachtet, sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei Ledigen sehr gering.

Menschen, die in einer Partnerschaft leben, pflegen oftmals auch anderweitig mehr soziale Kontakte als Alleinstehende. Dieses Verhalten geht oftmals einher mit mehr Interesse für gesellschaftliche und politische Fragestellungen.

Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich
 ► nach Geschlecht, Zivilstand und Altersklasse, 2010 G_3.3



Alleinstehende Personen (ledig, verwitwet oder geschieden) gehen nach der Pensionierung vergleichsweise selten an die Urne. Grosse Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei den Verwitweten auszumachen. Grafik G_3.4 zeigt, dass

dieser Befund für alle untersuchten Wahlgänge seit 1970 gilt. Am Einfluss des Zivilstandes auf die Wahlbeteiligung hat sich in den vergangenen 40 Jahren nichts geändert.

Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich
 ► nach Geschlecht und Zivilstand, 1970–2010¹

G_3.4

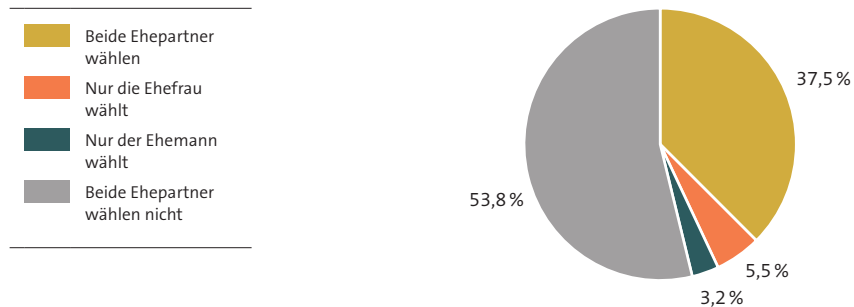


1 Keine Angaben vorhanden für 1974, 1994 und 2002.

Verheiratete haben nicht nur die höchste Wahlbeteiligung, sie gleichen sich dem Partner oder der Partnerin auch an. Mehr als die Hälfte der Ehepaare, bei denen beide Partner wahlberechtigt sind, nahmen nicht an der Wahl teil. 38 Prozent gingen dagegen zusammen an die Urne. Nur in 5,5 bzw. 3,2 Prozent der Fälle nahm nur die Frau oder nur der Mann an der Wahl teil.

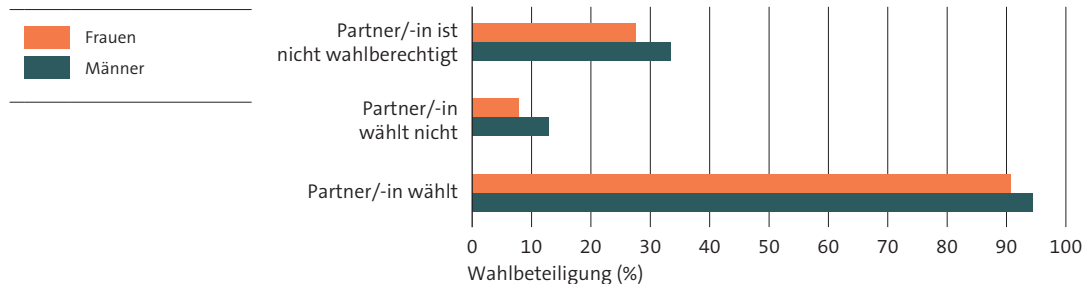
Mehr als neun von zehn Frauen oder Männern wählen, wenn ihr wahlberechtigter Partner dies ebenfalls tut. Ist der Partner nicht wahlberechtigt, ist der entsprechende Wert weniger als ein Drittel.

Wahlverhalten von Ehepaaren¹ bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich ▶ 2010 G_3.5



1 Nur Ehepaare, bei denen beide Ehepartner wahlberechtigt sind.

Beteiligung von verheirateten Personen bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich ▶ nach Geschlecht und Wahlbeteiligung der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners, 2010 G_3.6



3.3

- 8 Kleinhenz (1995).
- 9 Wolfinger und Rosenstone (1980).

Sozialer Status

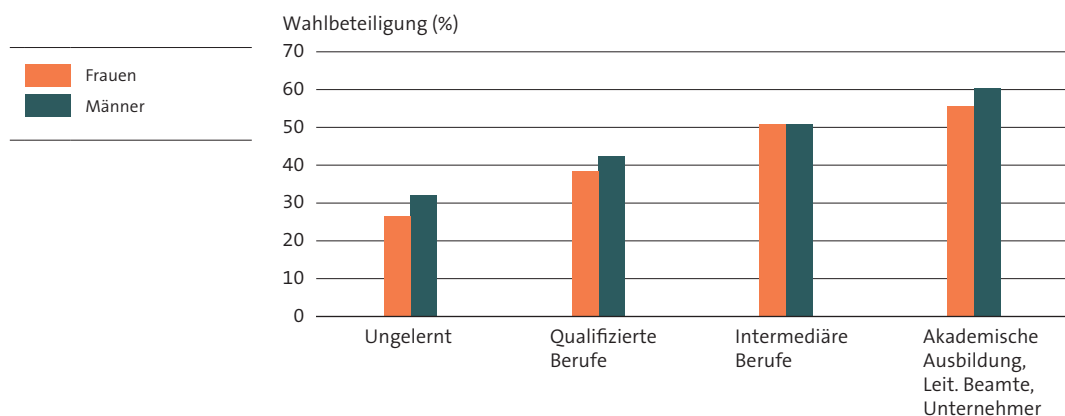
Eine Studie von Lazarsfeld et al. (1968) beschreibt, welches die zentralen Indikatoren für die Erforschung der individuellen politischen Partizipation sind. Dem sozioökonomischen Status kommt dabei eine herausragende Stellung zu. Andere Autoren kommen ebenfalls zum Schluss, dass «die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Bildungsniveau, Berufsstatus und Einkommen» steige, wobei auch Abhängigkeiten zwischen diesen Indikatoren zu beobachten sind.⁸ Die Theorie erklärt diesen Zusammenhang mit der besseren Fähigkeit von höher Gebildeten, sich in komplexe und abstrakte Themen zu vertiefen. Das Nichtbegreifen produziere dagegen ein Gefühl der Beklemmung, das der Beschäftigung mit der Politik im Wege stehe. Eine anspruchsvollere schulische Ausbildung wirke sich zudem positiv auf den Grad der politischen Informiertheit aus. Der Einkommenseffekt wird dahingehend erklärt, dass «reichere Bürger ein tieferes Interesse an der weiteren Funktionsfähigkeit des Systems haben und es wichtig ist, dass die für sie richtige politische Partei an der Macht ist».⁹ Es kann jedoch vermutet werden, dass ein Grossteil des Einkommenseffekts in Tat und Wahrheit auf dem positiven Zusammenhang mit dem Alter bzw. dem Ausbildungsniveau basiert.

Die zur Verfügung stehenden Daten enthalten keine spezifischen Angaben zur Ausbildung. Um trotzdem eine Aussage zu ermöglichen, wird aus der Angabe zum Beruf eine Variable gebildet, welche die Wahlberechtigten in vier Berufsklassen einteilt. Es zeigt sich ein eindeutig positiver Zusammenhang. Akademisch gebildete Personen gehen doppelt so häufig an die Urne wie ungelernete Berufstätige. Diese Feststellung gilt für Frauen und Männer gleichermaßen.

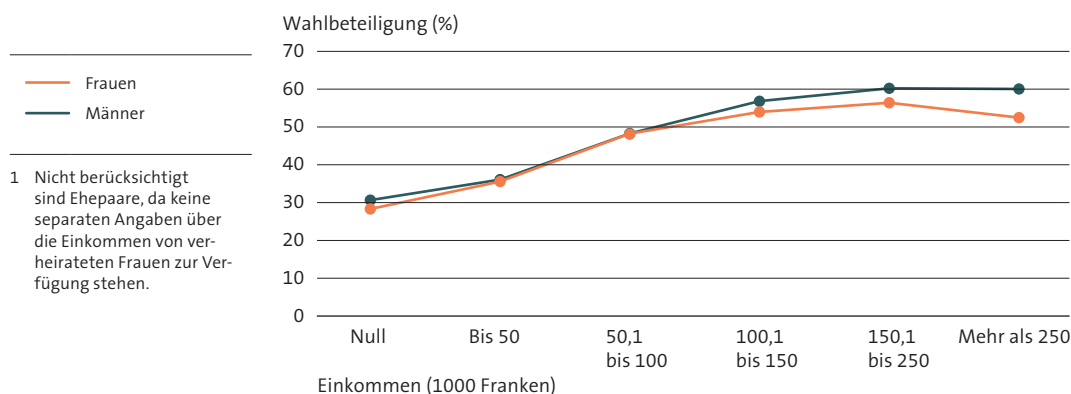
Zwischen dem Bildungsniveau und dem Einkommen besteht eine positive Korrelation. Es ist daher nicht auszuschliessen, dass beide Indikatoren denselben Sachverhalt darstellen. Falter und Schumann (1994) stellen fest, dass Bildung und Beruf stärkere Indikatoren sind als das Einkommen.

G_3.8 zeigt, dass es bis zu einem Einkommen von 100 000 Franken keine Unterschiede bei der Wahlbeteiligung zwischen Frauen und Männern gibt. Darüber steigt die Kurve der Frauen weniger stark an und geht bei einem Einkommen über 250 000 Franken sogar zurück. Mindestens ein Teil des Unterschieds zwischen den Geschlechtern ist damit zu erklären, dass ältere Personen in der Tendenz mehr verdienen als jüngere.

Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich G_3.7
 ► nach Berufsklasse und Geschlecht, 2010



Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich G_3.8
 ► nach steuerbarem Einkommen und Geschlecht¹, 2010



1 Nicht berücksichtigt sind Ehepaare, da keine separaten Angaben über die Einkommen von verheirateten Frauen zur Verfügung stehen.

3.4

10 Die Möglichkeit, jemanden zu wählen, wird als aktives Wahlrecht bezeichnet. Als passives Wahlrecht wird die Befähigung bezeichnet, in ein Amt gewählt zu werden.

Aufenthaltsdauer und Migrationshintergrund

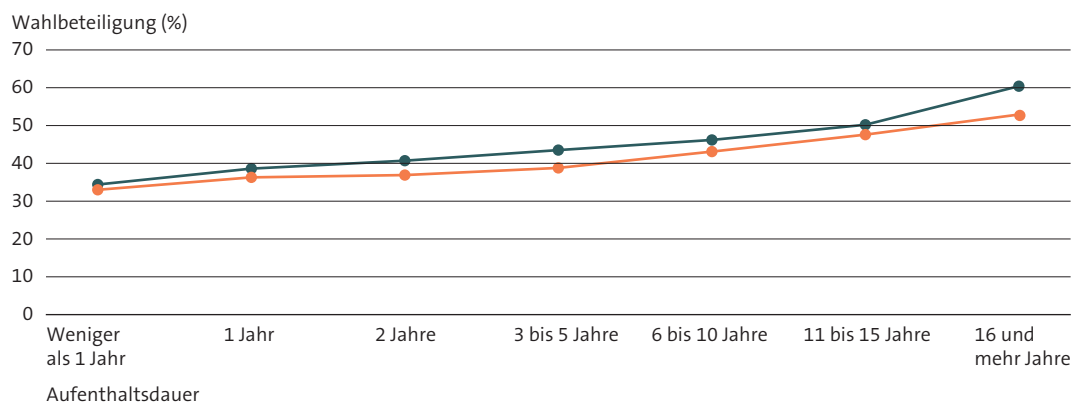
Je länger eine Person in der Stadt Zürich wohnhaft ist, desto eher geht sie wählen. Dafür verantwortlich sind sowohl die wachsende Verbundenheit mit dem Wohnort als auch die zunehmende Kenntnis der lokalen Gegebenheiten. Bei den Frauen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung zwischen einer Aufenthaltsdauer von 1 bis 2 Jahren und 16 und mehr Jahren um 20 Prozentpunkte, bei den Männern sogar um 26 Prozentpunkte.

Nur geringes Interesse an der kommunalen Politik zeigen kürzlich eingebürgerte Personen. Dies gilt für Frauen und Männer, allerdings nicht für alle Altersgruppen. Fast die Hälfte der Frauen und Männer, die etwa zum Zeitpunkt ihrer Pensionierung das Schweizer Bürgerrecht erhalten haben, gehen an die Urne. Bei den Jungen liegt der entsprechende Wert unter 10 Prozent.

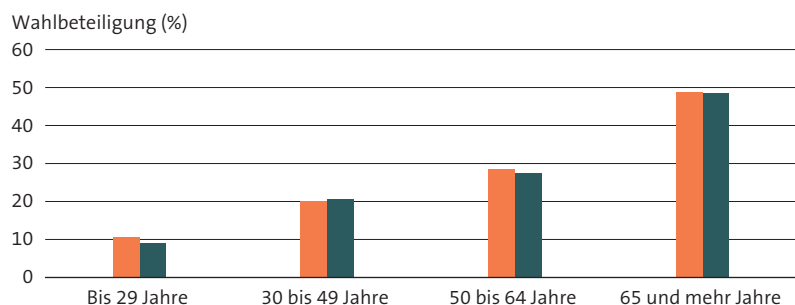
Im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung ist die Nationalität ein Merkmal, zu dem es – aus verständlichen Gründen – bislang nur sehr wenige

Informationen gibt. Die Schweizer Staatsbürgerschaft ist eine zwingende Voraussetzung für das aktive Wahlrecht.¹⁰ Die Ausnahme bilden einige Westschweizer Kantone, in denen Ausländerinnen und Ausländer bei kommunalen Vorlagen an die Urne gehen können, sofern sie gewisse Auflagen erfüllen. Nicht alle Wahlberechtigten wurden als Schweizerin oder Schweizer geboren. Ein Migrationshintergrund ist beim Partizipationsverhalten ein prägendes Merkmal. Personen, die vor ihrer Einbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, gehen auffällig oft wählen. Dabei spielt die gute berufliche Qualifikation, die diese Personen oftmals auszeichnet, sicherlich mit (siehe auch Kapitel 3.3). Personen aus den übrigen ausgewerteten Herkunftsländern haben eine unterdurchschnittliche Partizipation. Es gibt aber eine Besonderheit: Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Sri Lanka gehen selten an die Urne, allerdings öfter als Männer aus diesen Ländern.

Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich G_3.9
 ► nach Aufenthaltsdauer in der Stadt Zürich, 2010

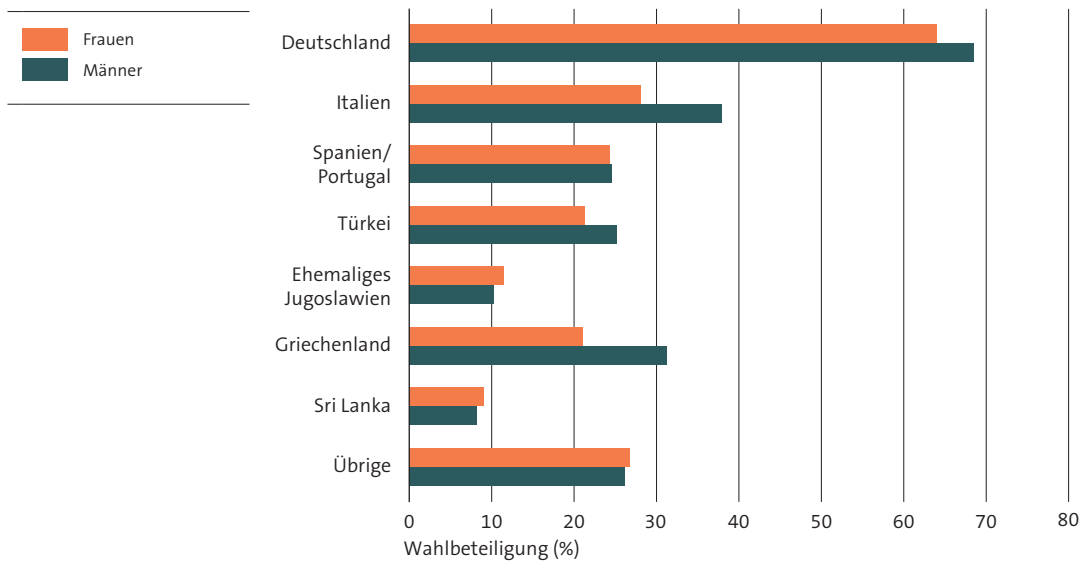


Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich von neu eingebürgerten Personen¹ G_3.10
 ► nach Geschlecht und Alter, 2010



1 Berücksichtigt sind Personen, die seit den Gemeinde- und Stadtratswahlen 2006 eingebürgert worden sind.

Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich von eingebürgerten Personen¹ ► nach ausgewählten Herkunftsländern 2010 6_3.11



1 Berücksichtigt sind Personen die seit 1993 in der Stadt Zürich das Schweizer Bürgerrecht erlangt haben.

GLOSSAR

Partizipation Partizipation – abgeleitet vom lateinischen Wort *particeps* – bedeutet soviel wie «Teilhabe». In neuerer Zeit avancierte der Ausdruck zu einem Modebegriff mit durchwegs positiver Konnotation. Sei es in der Erziehung, der Ausbildung oder der Führung von Mitarbeitenden: In allen Lebensbereichen erhöht die Partizipation der beteiligten Personen angeblich das Interesse für die Sache und damit die Motivation, sich zu engagieren. In der Politik bedeutet Partizipation im Wesentlichen die Verteilung von Macht. Dahinter steht die Idee, dass nicht eine Person allein über das Wohl einer Gesellschaft bestimmen soll.

Dabei ist der Begriff im Kontext der Politik vielschichtig. In fast allen demokratischen Industrienationen haben sich die Formen der politischen Beteiligung in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Im Gegensatz zu den konventionellen Formen, die im direkten Zusammenhang mit Wahlen oder Abstimmungen stattfinden, hat der gesellschaftliche Wertewandel gegen Ende der 60er-Jahre den Schwerpunkt in Richtung unkonventioneller Beteiligung verschoben. Zu dieser Form zählen legale Aktionen wie die Teilnahme an Demonstrationen und Unterschriftensammlungen, aber auch illegale wie die Beteiligung an wilden Streiks und Häuserbesetzungen. Der Gang an die Urne ist also eine Form der konventionellen Partizipation.

Die Schweiz stellt mit ihren direktdemokratischen Rechten für die Partizipationsforschung einen Sonderfall dar, verwischen doch an einigen Stellen die Grenzen zwischen konventioneller und unkonventioneller Beteiligung. Beispielsweise kann die Unterschrift bei einem Volksbegehren durchaus als vorbereitende Handlung für einen Urnengang angesehen werden, der im institutionellen Rahmen stattfindet.

Stimm- und Wahlberechtigte Stimm- und wahlberechtigt sind alle in der Stadt Zürich niedergelassenen Schweizerinnen und Schweizer ab 18 Jahren. Die Niederlassung beginnt mit der Abgabe der Ausweisschriften. Vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen ist, wer gemäss Art. 369 ZGB entmündigt wurde.

Stimm- und Wahlbeteiligung Prozentanteil der abgegebenen gültigen, ungültigen und leeren Stimmen an der Zahl der Stimmberechtigten bzw. der eingelegten gültigen und ungültigen Wahlzettel an der Zahl der Wahlberechtigten.

Wahlkreis Bei Parlamentswahlen kann das Wahlgebiet in Wahlkreise eingeteilt sein. Bei der Wahl des Zürcher Gemeinderates bestehen seit 2006 neun Wahlkreise, zuvor wurden analog zu den Stadtkreisen zwölf Wahlkreise unterschieden.

Wahlzettel Die Wahlbehörde erstellt für sämtliche Listen Wahlzettel, auf denen Listenbezeichnung, Ordnungsnummern und Kandidatenangaben (mindestens Familien- und Vornamen sowie Wohnort) vordruckt sind, sowie Wahlzettel ohne Vordruck.

BIBLIOGRAFIE

- Falter, Jürgen W. und Schumann, Siegfried (1994): Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen, in: Klingmann, Hans-Dieter und Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 161–213.
- Kleinhenz, Thomas (1995): Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Lazarsfeld, Paul F. et al. (1968): The People's Choice. Columbia University, New York (Erstauflage publiziert 1944).
- Seitz, Werner (2008): Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2007: Bürgerliche Frauen holen auf. In: Frauenfragen 1/2008, S. 19–25.
- Strate, John M. et al. (1989): Life Span Civic Development and Voting Participation. In: American Political Science Review. 83. Jahrgang, Heft 2, S. 443–464.
- Wolfinger, Raymond E. und Rosenstone, Steven J. (1980): Who Votes? Yale University, New Haven.

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafiken		
G_1.1	Beteiligung bei zürcherischen und eidgenössischen Wahlen seit 1970 – nach Geschlecht	4
G_1.2	Anteil der Frauen – in der Bevölkerung, bei den Wahlberechtigten und bei den Wählenden, 2010	5
G_2.1	Frauenanteil im Zürcher Gemeinderat – nach Partei, 1970–2010	6
G_2.2	Frauenanteil in den städtischen Legislativen und im Nationalrat – nach Bevölkerungsgrösse, 1980–2010	7
G_2.3	Frauenanteil in den städtischen Exekutiven und im Bundesrat – nach Bevölkerungsgrösse, 1980–2010	7
G_2.4	Repräsentativität der gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Stadt Zürich – nach Geschlecht und Alter, 2010	7
G_2.5	Frauenanteil in den Wahllisten bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Fraktion, 2010	8
G_2.6	Wahrscheinlichkeit einer Wahl bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Fraktion und Geschlecht, 2010	8
G_2.7	Anteil der Fremdstimmen bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Fraktion und Geschlecht, 2010	8
G_3.1	Beteiligung bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Geschlecht und Alter, 2010	10
G_3.2	Beteiligung bei Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Geschlecht und Altersklasse, 1970–2010	11
G_3.3	Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Geschlecht, Zivilstand und Altersklasse, 2010	12
G_3.4	Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Geschlecht und Zivilstand, 1970–2010	13
G_3.5	Wahlverhalten von Ehepaaren bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – 2010	14
G_3.6	Beteiligung von verheirateten Personen bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Geschlecht und Wahlbeteiligung der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners, 2010	14
G_3.7	Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Berufsklasse und Geschlecht, 2010	15
G_3.8	Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach steuerbarem Einkommen und Geschlecht, 2010	15
G_3.9	Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich – nach Aufenthaltsdauer in der Stadt Zürich, 2010	16
G_3.10	Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich von neu eingebürgerten Personen – nach Geschlecht und Alter, 2010	16
G_3.11	Beteiligung bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich von eingebürgerten Personen – nach ausgewählten Herkunftsländern 2010	17

WEITERE PUBLIKATION ZUM THEMA

Analyse 2/2010
Lohnlandschaft Zürich
Ergebnisse der Lohnstrukturerhebung 2008

Michael Böniger (ASZ), Eva Eidenbenz (Fachstelle für Gleichstellung)

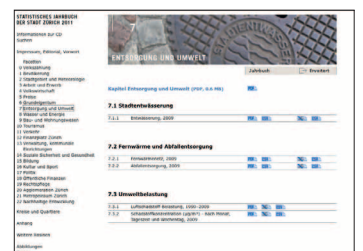
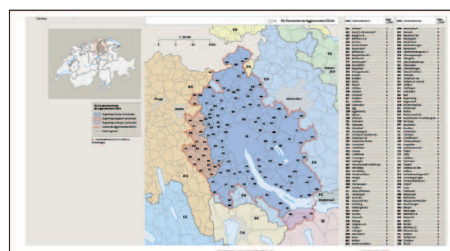
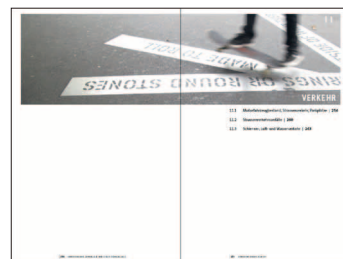
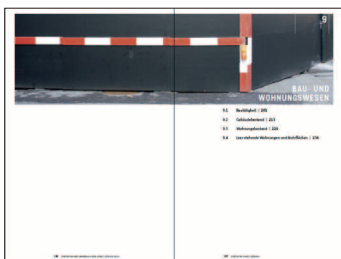
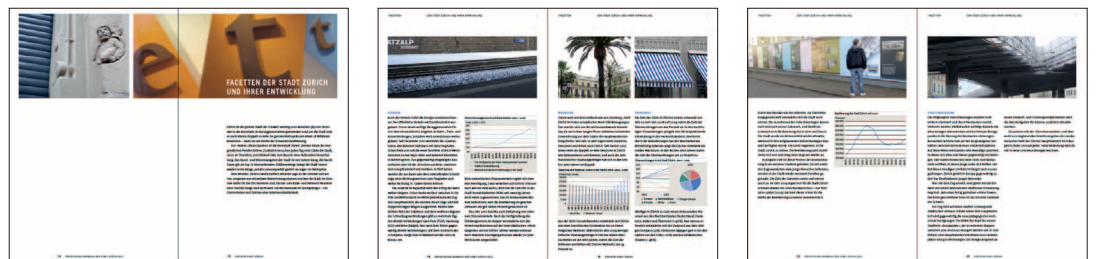


Die Lohnlandschaft in der Stadtzürcher Privatwirtschaft steht im Fokus. Ein spezielles Augenmerk wird auf die Ränder gerichtet: wo finden wir sehr tiefe und sehr hohe Löhne? Ausserdem wird die Frage nach dem Lohnunterschied zwischen Frauen- und Männerlöhnen eruiert. Wie die Zahlen der Lohnstrukturerhebung 2008 zeigen, verdienen Frauen nach wie vor 28 Prozent weniger als Männer.

Juli 2010
32 Seiten
28 Grafiken
Artikel-Nr. 1004407
Preis Einzelverkauf Fr. 15.–

105. Jahrgang erscheint demnächst

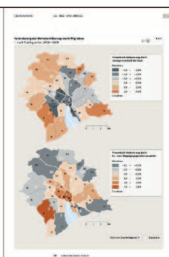
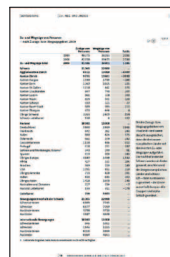
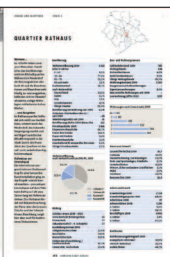
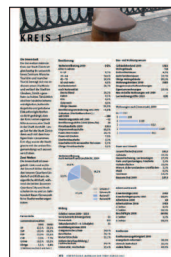
Statistische Informationen,
Hintergründe und Erläuterungen
zu 273 Stichworten –
übersichtlich und lesefreundlich.





THEMEN

- Volkszählung
- Bevölkerung
- Stadtgebiet und Meteorologie
- Arbeit und Erwerb
- Volkswirtschaft
- Preise
- Grundeigentum
- Wasser und Energie
- Bau- und Wohnungswesen
- Tourismus
- Verkehr
- Finanzplatz Zürich
- Verwaltung, Kommunale Einrichtungen
- Soziale Sicherheit und Gesundheit
- Bildung
- Kultur und Sport
- Politik
- Öffentliche Finanzen
- Rechtspflege
- Agglomeration Zürich
- Metropolraum Zürich
- Nachhaltige Entwicklung
- Kreise und Quartiere



STATISTISCHES JAHRBUCH DER STADT ZÜRICH 2011

544 Seiten,
über 100 Diagramme, 70
Abbildungen,
40 Karten und 2 Klappkarten
Format 16 × 24 cm,
Artikel-Nr. 1 004 413

Softcover, Fadenheftung
Fr. 64.–, inklusive CD-ROM
im Buchhandel erhältlich
ISBN: 978-3-9523581-2-2

Bestellungen nehmen wir auch
gerne per Telefon 044 412 08 00,
per Fax 044 412 08 40 oder
via Internet entgegen.
☞ www.stadt-zuerich.ch/statistik

➔ **An weiteren Informationen interessiert?**
Abonnieren Sie unseren Newsletter oder die
SMS-Mitteilungen unter www.stadt-zuerich.ch/statistik

